

Offener Brief per Email an :

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Herrn Innenminister
Joachim Herrmann
Odeonsplatz 3
80539 München

14.05.2017

**Überarbeitung der Katastrophenschutzpläne für kerntechnische Unfälle
Schreiben Ihres Ministeriums vom 17.04.2017**

Sehr geehrter Herr Minister Herrmann,

ich danke für das Schreiben vom 17.04.17 Ihres Staatssekretärs, Herrn Eck. Leider wirft auch dieses Schreiben neue Fragen auf. Ich unterstelle, dass Herr Eck nicht seine eigene Sicht der Dinge schreibt, sondern sehr wohl in Ihrem Namen geantwortet hat.

Sie schreiben, dass der Katastrophenschutz über kein eigenes Personal verfügt sondern auf Ressourcen von verschiedenen katastrophenhilfspflichtigen Organisationen und Behörden sowie von Privaten zurückgreifen kann. Ein Vergleich mit dem Katastrophenschutz beim Hochwasser kann hier allerdings nicht herangezogen werden, da das Einsatzgebiet hier in aller Regel sehr begrenzt ist und das Leben der Helfer und auch deren Angehörigen vermutlich niemals in dem Maß gefährdet und betroffen ist, wie dies im Falle radioaktiver Freisetzungen der Fall sein wird. Sie verweisen auf die ausschließliche Zuständigkeit der Bundesregierung zur Verteilung von Jodtabletten und darauf, dass die vorhandenen Bestände nicht ausreichen um die Tabletten nahe der Bevölkerung zu lagern, da sonst ein Teil des Bundesgebiets nicht versorgt werden könne.

Es erschüttert, dass am Ende des Schreibens offenbart wird, dass Ihrem Ministerium, und damit wohl der gesamten Staatsregierung, kein Ausweichpräparat zu Kaliumjodidtabletten bekannt ist. Gleichzeitig wird auch noch behauptet, dass IPPNW darauf hinweist, dass es derzeit kein Ausweichpräparat gibt. Dies ist nachweislich falsch !

Dies alles wirft erhebliche Fragen auf, um deren dringende Beantwortung gebeten wird.

1. Wie kann es sein, dass der bayerischen Staatsregierung kein Ausweichpräparat bekannt ist? Hierzu wird eine ausführliche Stellungnahme erbeten.

Ökologisch-Demokratische Partei
Bayern | KV Augsburg-Land

Adresse:
Brunnenweg 10a,
86845 Großaitingen

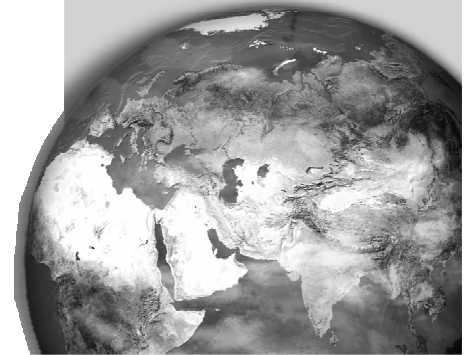
fon: 08203 / 6465
fax: 08203 / 952855
e-mail: gabi.ok@t-online.de

Augusta Bank **IBAN**
DE31 7209 0000 0001 1381 97
BIC: GENODEF1AUB

www.oedp-bayern.de

„Die Welt hat genug
für jedermanns
Bedürfnisse,
aber nicht für
jedermanns Gier.“

Mahatma Gandhi



2. Wurde das Papier von IPPNW in Ihrem Haus gelesen? Wenn nein, warum nicht, wenn ja, wer hat es gelesen und warum hat man niemanden damit beauftragt, der auch in der Lage dazu ist den Inhalt zu verstehen und wichtige Informationen weiterzugeben? (Anderenfalls drängt sich der Verdacht auf, dass es sich um eine gezielte Falschinformation an uns handelt).

Vorsorglich darf ich aus dem IPPNW-Papier zitieren : *"Wenn Sie sich vorbeugend hochdosiertes Jod besorgen, lassen Sie sich vorab von Ihrem Hausarzt unter Vorlage dieses Merkblattes beraten. Er kann z.B. durch einen Bluttest und ggf. mit einer zusätzlichen Ultraschalluntersuchung eine Ihnen bisher noch unbekannte Schilddrüsenüberfunktion relativ sicher ausschließen und Sie zu möglichen weiteren Gefahren und Wechselwirkungen beraten. Als Alternative zu Kaliumjodid empfiehlt sich der Wirkstoff Natriumperchlorat (Irenat[®]), der allerdings rezeptpflichtig ist."*

Da IPPNW von Ihnen scheinbar nicht ernst genommen wird : Auch die SSK weist auf dieses Präparat hin. Die Information finden Sie hier:

http://www.ssk.de/SharedDocs/Beratungsergebnisse_PDF/2011/2011_02.pdf?__blob=publicationFile

3. Sollte es zu einem schnellablaufenden Ereignis in Gündremmingen kommen empfiehlt das Ministerium den Aufenthalt in Gebäuden. Heißt das, dass Sie dann nicht empfehlen, dass die Schulen die Abholung oder den Rücktransport der Kinder organisieren, sondern dass diese (auf unbestimmte Zeit?) ohne Versorgung mit Jodtabletten in den Schulen oder Kindertageseinrichtungen bleiben sollen? Wenn nein, was ist genau vorgesehen?
4. Die Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes durch die SSK wird auch von der Bayerischen Staatsregierung als notwendig erkannt. Warum will der Freistaat dieser Empfehlung nicht folgen, nur weil diese nicht auf der Innenministerkonferenz beschlossen wurde?
5. Warum hat die Innenministerkonferenz die Empfehlung der SSK nicht in einen konkreten Beschluss gefasst? Wer hat hier blockiert??
6. Ist Ihnen bekannt, dass das Land NRW trotz dem fehlenden Beschluss selbst Jodtabletten beschafft hat um die Bevölkerung angesichts der Gefahr, die vom belgischen AKW Tihange ausgeht, ausreichend versorgen zu können?
7. Wurde Bayern untersagt Vorsorge für die Bevölkerung zu treffen?
8. Wenn nein - warum hat Bayern nicht wie NRW Kaliumjodidtabletten in ausreichender Zahl beschafft und führt keine ortsnahe Lagerung (zumindest in der 100 km-Zone) durch und bevorratet diese Tabletten nicht vorsorglich an sämtlichen Schulen, Kindertageseinrichtungen und Krankenhäusern?
9. Liegt es an der Unwissenheit der Staatsregierung über die Existenz eines Ausweichpräparates, dass die Bevölkerung in Bayern nicht darüber aufgeklärt wird, dass im Katastrophenfall nicht jeder Kaliumjodidtabletten einnehmen darf oder gibt es andere Gründe, warum die Bevölkerung

erst im Ernstfall erfährt, wer diese Tabletten aus medizinischen Gründen nicht einnehmen darf?

10. Warum werden die Sicherheitsstudien zum AKW Gundremmingen, die gravierende Mängel aufzeigen, von der Staatsregierung einfach ignoriert? Warum führen diese nicht dazu, dass dem AKW Gundremmingen die Betriebserlaubnis entzogen wird?

Zwischenzeitlich darf ich aus den bisherigen Antworten der Staatsregierung wie folgt zusammenfassen und bitte ausdrücklich um Entkräftung der Aussagen, die nach Ihrer Auffassung nicht zutreffen.

1. Die Staatsregierung betrachtet die Verteilung der Jodtabletten nicht als Aufgabe des Katastrophenschutzes, sondern ausschließlich als Aufgabe des Bundes und sieht sich dafür deshalb nicht in der Verantwortung.
2. Die Empfehlung der SSK für die Lagerung von Kaliumjodidtabletten an Schulen und Kindertageseinrichtungen und die generelle ortsnahe Lagerung ist der Staatsregierung bekannt, wird als notwendig bejaht, wird aber nicht umgesetzt, weil es hierzu keinen Beschluss der Innenministerkonferenz gibt. Im Gegensatz zum Bundesland NRW sieht Bayern keine Notwendigkeit selbst für einen besseren Schutz seiner Bevölkerung einzutreten und aktiv zu werden.
3. Für den Fall eines schnellablaufenden Ereignisses, wie z.B. einen Terroranschlag auf ein AKW, gibt es keinerlei Vorsorge. Die Bevölkerung im näheren Bereich zum AKW kann daher nicht rechtzeitig mit Kaliumjodidtabletten versorgt werden. Insbesondere die besonders gefährdete Gruppe der Kinder und Jugendlichen sowie Schwangere bleiben unversorgt, weil die notwendige Lagerung der Tabletten an Schulen und Kindertageseinrichtungen und auch die sonstige ortsnahe Lagerung nicht durchgeführt wird. Die administrativen Voraussetzungen - wie Zustimmung der Eltern - werden erst gar nicht geschaffen um mit deren Fehlen zu begründen, dass die Verabreichung der Tabletten nur durch die Eltern erfolgen kann. Kinder und Jugendliche sollen in einem solchen Fall in den Gebäuden verbleiben.
4. Lehrkräfte haben in diesem Fall an der Schule bzw. Kindertageseinrichtung zu bleiben, da sie nach wie vor Aufsichtspflicht haben. Sollten Lehrkräfte oder Erzieher wegen der Versorgung eigener Kinder gehen müssen, so hat die Schule bzw. Kindertageseinrichtung selbst die Prioritäten zu setzen, welche Lehr- und Aufsichtskräfte zuerst gehen dürfen. Die Verantwortung wird also auf die Einrichtungen abgewälzt.
5. Entgegen des Papiers "Informationen zum Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen" aus Ihrem Haus haben weder Schulen noch Kindertageseinrichtungen irgendwelche Pläne, wie die Abholung oder der Rücktransport der Kinder erfolgt, sollte es zu einer radioaktiven Freisetzung in Gundremmingen kommen. Den Einrichtungen ist gar nicht bekannt, dass hierfür Vorsorge getroffen werden muss.
6. Während z.B. die Erfüllung von Brandschutzauflagen kontrolliert wird, wird überhaupt nicht überprüft, ob Schulen und Kindertageseinrichtungen auf Katastrophenfälle wie diesen vorbereitet sind. Dass selbst staat-

liche Einrichtungen wie die landkreiseigenen Schulen im Landkreis Augsburg diese Vorbereitungen nicht treffen spielt für Sie als oberste Katastrophenschutzbehörde keine Rolle.

7. Für die im Antwortschreiben des Ministeriums erwähnten Busse kann nicht garantiert werden, dass Fahrer zur Verfügung stehen, da ausschließlich auf ehrenamtliche Kräfte zurückgegriffen wird. Analog gilt dies auch, wenn eine Evakuierung notwendig wird.
8. Die Bayerische Staatsregierung hat es nicht für notwendig gefunden, die Papiere der SSK oder von IPPNW zu lesen, da sonst bekannt sein müsste, dass es ein Ausweichpräparat zu den Kaliumjodidtabletten gibt.
9. Die Bayerische Staatsregierung informiert die Bevölkerung erst im Katastrophenfall darüber, dass es Personengruppen gibt, für die eine Einnahme von Kaliumjodidtabletten nicht geeignet ist. Über ein Ausweichpräparat wird nicht informiert, da die Staatsregierung keine Kenntnis hat. Der Bevölkerungsteile, für den die Einnahme von Kaliumjodidtabletten nicht geeignet ist, hat somit keine Chance sich ereignisunabhängig ein solches verschreibungspflichtiges Präparat zu beschaffen.
10. Die Studien zu Sicherheitsmängeln am AKW Gundremmingen werden von der Staatsregierung ignoriert.
11. Der Bau einer zusätzlichen Schutzmauer an der Lagerhalle für Atommüll in Gundremmingen und die in unserem letzten Schreiben erwähnte vorsorgliche Evakuierung des AKW Gundremmingen am 10.03. diesen Jahres zeigen deutlich, dass ein Terroranschlag auf ein AKW oder ein Atommülllager für wahrscheinlich gehalten wird.

Sehr geehrter Herr Minister Herrmann,

bereits im letzten Schreiben haben wir klare Forderungen zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung im Falle großer Freisetzung von Radioaktivität aus dem AKW Gundremmingen gestellt, die selbstverständlich auch für andere gefährdete Regionen Bayerns (z.B. Umgebung vom AKW Isar 1 und 2 oder der Passauer Region mit hoher Gefährdung durch das Tschechische AKW Temelin) notwendig sind.

Gerade weil Süddeutschland ein Jodmangelgebiet ist, ist es umso notwendiger, dass die Bürgerinnen und Bürger schon vor dem Ernstfall die Chance haben medizinisch klären zu lassen, ob für die/den Einzelne/n die Einnahme von Kaliumjodidtabletten geeignet ist oder im Bedarfsfall das Ausweichpräparat eingenommen werden muss. Hierzu bedarf es einer Information der Bevölkerung.

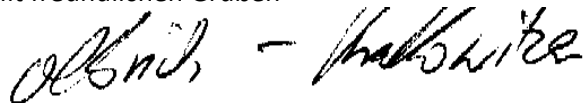
Sie wissen sehr genau, dass mit dem bisherigen "Konzept" der Regierung im Katastrophenfall viele Menschen nicht den Schutz erhalten werden, der notwendig ist und vor allem auch möglich wäre.

Ich erbitte eine vollständige Beantwortung dieses Schreibens und weise ausdrücklich darauf hin, dass alle Feststellungen, denen nicht (mit Fakten) widersprochen wird, als akzeptiert betrachtet werden.

Ich hoffe sehr, dass die Antwort so detailliert ausfällt, dass keine weiteren Nachfragen notwendig werden.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals betonen, dass wir erwarten, dass Sie, Herr Minister Herrmann, mit Ihrer Unterschrift bestätigen, dass die Antwort aus Ihrem Haus tatsächlich von Ihnen verantwortet wird. Damit soll ausgeschlossen werden, dass später behauptet werden kann, dass Herr Eck nicht in Ihrem Auftrag geantwortet hat.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature in black ink, reading "Olbrich - Krakowitzer".

Gabriele Olbrich-Krakowitzer
Kreisvorsitzende und Kreisrätin